



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Die kurhessische Frage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

barschaft von Antwerpen lebte und dessen Verse noch jetzt allenthalben im Munde der flämischen Bevölkerung dieser Gegend sind.

Bisweilen mischen sich in diese geistlichen Lieder auch weltliche Poesien, z. B. Trauerlieder auf den Tod der Kaiserin Maria Theresia, die mit dem Refrain endigen:

„Onz' Kaiserin is overleden,  
Ja, onz' Maria Theresia.“

Auf deutsch:

„Unsre Kaiserin ist verschieden,  
Ja, unsre Maria Theresia!“

Wir fügen hinzu, daß dieselbe Sitte auch in den von Wallonen bewohnten Theilen Belgiens herrscht. Doch singen die Kinder zu Huy und in der Umgebung von Lüttich nur bis zum neunten Tage nach dem Dreikönigsfest.

## Die kurheffische Frage.

Von der preussischen Grenze.

Das heffische Volk hat gesprochen. Mit einer Einmüthigkeit, die um so bedeutungsvoller wird, wenn man die lange erfolglose und fast hoffnungslose Anstrengung erwägt, die es bisher seinen Kräften zugemuthet, hat es der Regierung erklärt, der Friede könne nur auf Grundlage des Rechts hergestellt werden. Die Sühne für den geschenehen Rechtsbruch ist die erste nothwendige Bürgschaft für die künftige Sicherheit; sobald diese erfolgt, will das Volk seinerseits die Hand zur Versöhnung bieten.

Das Volk hat seine Pflicht gethan. Zehnjährige Leiden haben seine Ausdauer nicht erschöpft, seine Hoffnung nicht gebrochen. Die Frage ist nun, was sein Entschluß anderwärts für Wirkungen ausüben wird.

Die kurfürstliche Regierung, auf die es zunächst ankommt, hat ihrerseits die Antwort bereits gegeben. Sie hat die Anforderungen der Volksvertreter für nichtig erklärt, den Landtag aufgelöst und nach sechs Monaten einen neuen ausgeschrieben. Sechs Monate! — Und bereits auf den März oder April hat man den Krieg angemeldet.

Die kurfürstliche Regierung ist mit dem gegenwärtigen Zustand vollkommen zufrieden. Was sie wollte, hat sie erreicht: mit Hilfe der Bundesexeeution

und der Strafbayern sind alle freisinnigen Einrichtungen des Landes zertrümmert, und factisch eine Dictatur hergestellt, die durch jede Art von Landesvertretung nur gestört werden kann. Wenn die Regierung keinen Landtag in der von ihr gewünschten Weise zusammenbringt, so behilft sie sich ohne denselben, sie kann die Verfassung entbehren. Wenn nach sechs Monaten wieder ein renitenter Landtag gewählt wird, so schickt sie ihn wieder nach Hause, und so ins Unendliche. Sollte es darüber im Lande unruhig werden, so zählt sie auf den Schutz des Bundes. Und überhaupt? warum soll man an die Sündfluth denken! Wir leben, so lange es geht.

In zweiter Instanz kommt Preußen. Preußen hat eine doppelte Schuld gegen das hessische Volk: es hat es vor zehn Jahren im Stich gelassen, es hat ihm jetzt sein Wort verpfändet. Die gegenwärtige Regierung hat ihre Stellung, dem Bunde und dem Kurfürsten gegenüber, dadurch erschwert, daß sie sich als die einfache Fortsetzung der vorigen Regierung betrachtet. Hätte sie einfach erklärt: das Cabinet Manteuffel existirt nicht mehr, und wir treten seine Erbschaft nur insoweit an, als völkerrechtliche Verpflichtungen vorliegen, so hätte sie die vielen diplomatischen Winkelzüge nicht nöthig gehabt.

Indessen über die Form hat man nicht nöthig zu streiten, wenn nur die Sache gemacht wird. Preußen hat gegen den Bundesbeschluß, welcher die Rechtsgiltigkeit der Verfassung von 1831 aufhebt, entschieden Protest eingelegt, es hat ihn für null und nichtig erklärt. Der Minister hat dem Landtag die Versicherung gegeben, er habe die Folgen dieses Schritts nach allen Seiten erwogen.

Darin liegt nun zunächst: Preußen wird unter keinen Umständen eine neue Execution des Bundes zugeben. — Eine Bundesexecution zur Durchführung der octroyirten Verfassung. — Aber eine solche zu verlangen, hat die kurfürstliche Regierung nicht die mindeste Lust; es liegt ihr gar nichts daran, die octroyirte Verfassung durchzuführen; sie regiert ebenso gern ohne alle Verfassung. Was sie bedarf, hat sie bereits erlangt. — Oder soll in jener Erklärung mehr liegen? Soll es heißen: eine Execution wird auch in dem Fall ausgeschlossen, wenn das Volk mit Gewalt die Verfassung von 1831 wieder herstellt?

Einmal scheint uns die preussische Regierung nicht von der Beschaffenheit, diesen Gedanken wirklich ausgedacht zu haben. Auch uns gefällt er ganz und gar nicht. Die Sache der Ordnung, und was damit zusammenfällt, die Sache der Freiheit, wird nicht gefördert, wenn man dem Spiel des Zufalls die Entscheidung überläßt. Auf Italien mag das Princip der Nichtintervention seine Anwendung finden; für die geographische Lage Kurhessens paßt es nicht. Sobald es in Kurhessen auf das Gebiet der Thatfachen übergeht, wird intervenirt, daran ist gar kein Zweifel; von dort oder von dort.

Conservativer und zugleich eines großen Staats würdiger scheint uns eine andere Haltung Preußens. Die Rechtsfrage ganz bei Seite gesetzt, kann Preußen jetzt der kurfürstlichen Regierung, die Acten in der Hand, den schlagenden Beweis führen, daß der Friede nur auf Grundlage der Verfassung von 1831 möglich ist. Preußen kann aber, um seiner Selbsterhaltung willen, nicht zugeben, daß unmittelbar an seiner Grenze die Anarchie ausbricht. Es kann es um so weniger zugeben, da ein Krieg vor der Thür steht. Es hat also der kurfürstlichen Regierung freundschaftlich den Wunsch auszudrücken, die Ordnung im Lande herzustellen, da der Krieg angemeldet ist: im andern Fall würde eine Intervention sich nicht vermeiden lassen. — Es würde nicht genügen, diese Bemerkungen an die kurfürstliche Regierung zu adressiren, die sie wahrscheinlich als schätzbares Material zu den Acten legen würde; sondern sie müßten zugleich den übrigen Bundesregierungen, sie müßten Deutschland und Europa mitgetheilt werden.

Diese Erinnerung würde von entschiedenem Erfolg sein, sobald Preußen vorher im eignen Lande Ordnung gemacht hätte. Denn das freilich gehört dazu. Wenn in Preußen, wie bisher, immer die rechte Hand nicht weiß, was die linke thut, so kann es alle Tage ein Duzend Noten schreiben — überreicht von einem lächelnden Gentleman, der die Achseln zuckt und zu verstehen gibt, es wäre nicht so schlimm gemeint; was die Herren Minister sagten, sage noch lange nicht der Staat (im vertrauten Kreisen sollen statt des Ausdrucks „Herren“ auch andere Ausdrücke gebraucht werden): — es kann alles Papier, was in Deutschland fabricirt wird, vollschreiben, und man wird sich noch nicht einmal die Mühe geben, es zu lesen.

Wenn aber in Preußen die Disciplin soweit erstarkt, daß die rechte Hand mit der linken zusammenwirkt, so wäre jetzt große Aussicht, daß seine Ansichten bei den übrigen Bundesregierungen mehr Anklang finden: oder besser gesagt, daß man ihnen mit weniger Strenge gegenübertritt, als zur Zeit des Bundesbeschlusses.

Zwei Regierungen nehmen wir aus: Hannover und Mecklenburg; diese werden, so lange sie nicht die Nothwendigkeit mit Augen sehn, kein böses Beispiel zulassen, das auch bei ihnen zu Hause bedacht werden könnte. Sobald sie die Nothwendigkeit sehn oder fühlen, ist es freilich ein Anderes.

Oestreich dagegen ist nicht mehr in der alten Lage. Wenn es sich nicht etwa entschließt, Venedig zu verkaufen, hat es den Krieg. Sobald der Krieg erklärt ist, kann es sein sämmtliches Papiergeld zum Anzünden ungarischer Pfeifen benutzen, denn sonst hätte es keinen Zweck. Der Krieg würde nicht bloß Venedig gelten, sondern Ungarn. Wie die Stimmung in Ungarn ist, tritt jetzt zu Tage; das Diplom hat Licht verschafft — und das ist ein ungeheurer Gewinn. Wenn man im Begriff ist, in einen Abgrund zu stürzen, so

ist es ein ungeheurer Gewinn, wenn ein Blickstrahl die Lage entdeckt; denn man kann umkehren. — Mit dem letzten Militärsystem kann Oestreich nicht fortregieren, das weiß es jetzt. Auch ist es zu liberalen Einrichtungen jeder Art erbötig, es hat sich nur noch nicht recht klar gemacht, welche man wünscht. Schmerling ist Minister, und Schmerling hat, abgesehen von sonstigen Vorzügen, noch das voraus, daß er Deutschland kennt. — Vielleicht wird er seine Collegen darauf aufmerksam machen, daß auf Rußland, auf Frankreich, auf England nicht zu bauen ist; daß, wenn noch irgend eine Hoffnung gefaßt werden sollte, diese Hoffnung auf Deutschland ruht, auf Deutschland, d. h. auf Preußen. — Ein absolutistisches Cabinet hat den Bundesbeschluß in der kurhessischen Frage veranlaßt; das neue „liberale“ Cabinet kann, ohne sich etwas zu vergeben, in Anbetracht der veränderten Umstände jetzt im Einverständniß mit Preußen einen andern Bundesbeschluß zuwege bringen.

Was nun die Mittelstaaten betrifft, so müssen die Freunde der Freiheit, der Ordnung und des Fortschritts erwägen, daß die Regierungen derselben von den Wünschen ihrer Völker noch lange nicht hinreichend in Kenntniß gesetzt sind. Man glaube nicht, seine Pflicht gethan zu haben, wenn man über Preußen die Nase rümpft, und dann behaglich und mit dem Bewußtsein einer großen That die Hände in die Tasche steckt. Wenn wir nicht vorwärts kommen, hat das Volk mehr Schuld als die Regierungen.

Es sind freilich Beifallsadressen an die kurhessischen Liberalen von hier und da eingegangen; diese werden ihren Eindruck auf das Gemüth nicht verfehlen, aber ihre gesetzliche Wirkung ist null und nichtig. — Für gesetzliche, und, was dasselbe heißt, factische Wirkung gibt es nur ein Mittel.

Der Bürger von Sachsen, Hannover, Württemberg u. s. w. hat es zunächst nur mit seiner eignen Regierung zu thun. — Wenn er die Ueberzeugung hat, daß zur Erhaltung Deutschlands, also auch zur Erhaltung des eignen Staats, die Wiederherstellung der Ordnung in Kurhessen nothwendig ist, so hat er diese Ueberzeugung seiner eignen Regierung auszudrücken; entweder durch Vermittelung des gesetzlichen Organs, wo ein solches vorhanden ist, des Landtags; oder unmittelbar, in der Form einer Petition.

Der Abgeordnete Eichorius aus Leipzig hat in der sächsischen Kammer den Antrag gestellt: die Regierung zu ersuchen, in Anbetracht, daß nur so der Friede herzustellen ist, ihren Gesandten am Bunde dahin zu instruiren, daß der vorige Bundesbeschluß zurückzunehmen und die Rechtsgiltigkeit der Verfassung von 1831 anzuerkennen ist. — Der Antrag ist in allen Motiven äußerst gemäßigt, übrigens logisch correct gestellt. — Er würde auf die Regierung einen viel größern Eindruck machen, wenn sie erführe, daß er in ihrem ganzen Lande, wo überhaupt politische Bildung herrscht, auch in conservativen Kreisen (womit wir natürlich nicht die Kreise des Junkerthums

meinen) als eine unbedingte Nothwendigkeit für den Frieden und die Ruhe Deutschlands erkannt wird. — Noch ist in dieser Hinsicht nichts geschehen, es wäre die höchste Zeit, um so mehr, da wir glauben, daß diese Frage neben der schleswig-holsteinischen die einzige ist, in welcher alle Patrioten, ohne Rücksicht auf ihre sonstige Rolle, vollkommen übereinstimmen.

Es ist aber auch sonst die höchste Zeit: denn auf den März oder April hat Garibaldi — vielleicht der einzige Mann in Europa, der in diesem Augenblick einen bestimmten Entschluß bereits gefaßt hat — den Oestreichern Krieg angefangt; und bis dahin muß Deutschland zu Hause eingerichtet sein, wenn wir nicht dem schimpflichsten Zerfall entgegen sehen sollen. — † †

### Weihnachtsliteratur.

Wieder einmal hat zum bevorstehenden Feste die Industrie der Verlags-handlungen eine umfangreiche Thätigkeit bewiesen. Von allen Seiten werden vergoldete, mit Bildern verzierte Kinderbücher auf den Tisch der Redactionen gelegt, die Zahl schwillt in das Ungeheure, fast jedes Gebiet menschlicher Interessen, fast jeder Kreis poetischer Empfindungen wird herbeigezogen, zahllose Werke für Erwachsene, die im Lauf der letzten Jahre erschienen sind, werden geplündert, um in bequemen Bänden vom Glanz des Weihnachtsbaums bestrahlt zu werden. Es ist nicht mehr leicht, eine Uebersicht über die gesammte Weihnachtsliteratur zu gewinnen; aber in dem Vielen, was zufällig in die Hände kommt, muß neben manchem Erfreulichen das Meiste als verfehlt verurtheilt werden. Einzelne Richtungen drängen sich besonders reichlich hervor und geben Veranlassung zu einer wohlmeinenden Polemik. Immer wieder muß gesagt werden, daß dieses massenhafte Anschwellen der Jugendliteratur durchaus kein Glück für die Jugend ist, und daß die Fluth von Büchern, die alle bemüht sind, der liebenswürdigen Einfalt der Kinder entgegenzukommen und das mangelhafte Verständnis des Lebens, welches den Kindern eigen ist, poetisch zu verklären, unsere Kleinen nicht fördert, sondern kindisch macht. Ja, wir wünschen bei Eltern und Erziehern die Ueberzeugung zu fördern, daß Kinder die sogenannte Kinderliteratur fast gar nicht bedürfen. Allerdings gibt es einen großen Kreis gemüthlicher und poetischer Anschauungen, aus welchen seit Jahrhunderten jede Generation der Deutschen heraufgewachsen ist; der Duft und die Farbe, welche aus solchen Stoffen in die Kinderseele dringen, sie sollen um Alles nicht verringert werden. Der Zauber, welchen das Volksmärchen auf die junge Seele ausübt, unser kleines dummes Pfefferkuchhäusel, Frau Holle, Schneewittchen und die kleinen Zwerge wer-